

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 6

Artikel: Wirtschaft : neue Wege gesucht
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347712>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Pro und Kontra

Wirtschaft: Neue Wege gesucht

Zu Jürg Kaufmann: «Konzept ohne Hoffnung» («Profil» 4/1980)

Vor einiger Zeit hat eine Gruppe von Zürcher Ökonomen den Entwurf für ein neues sozialdemokratisches Wirtschaftskonzept vorgelegt. Es stellt die sogenannte «Selbstverwaltung» in den Mittelpunkt – ein kühner Schritt in die Zukunft. Oder doch nicht? Erste Kritik ist bereits aufgetreten: Der Zürcher Stadtrat Jürg Kaufmann bemängelte in der sozialdemokratischen Zeitschrift «Profil»: «Da wird auf 315 Zeilen in einer Zeit unvorstellbaren Umbruchs in allen Lebensbereichen nichts, aber auch gar nichts geboten, was den Anspruch erheben dürfte, auf geistigem Neuland entstanden zu sein. Die Studie strotzt vor Phantasielosigkeit.» SPS-Vizepräsident Peter Vollmer sieht dagegen im Prinzip der Selbstverwaltung eine «Chance». Auf die Stellungnahme der Parteigremien zum Konzeptentwurf darf man gespannt sein.

In einem Punkt hat Kaufmann nicht ganz unrecht: Der Gedanke der Selbstverwaltung ist nicht neu. Er findet sich schon im geltenden Parteiprogramm der Sozialdemokraten aus dem Jahre 1959, wo es heisst, «die Gemeinwirtschaft in den Formen der Genossenschaft, der Selbstverwaltungskörperschaft, des staatlichen, kommunalen oder gemeinwirtschaftlichen Unternehmens ist zu fördern».

Eine kritische Bilanz der letzten 20 Jahre würde wahrscheinlich aber ziemlich mager ausfallen. Der Selbsthilfegedanke (ob in Genossenschaften oder in «Selbstverwaltungskörperschaften») ging in der Hochkonjunktur ziemlich unter, die staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen erwiesen sich gelegentlich gar als besonders undemokratisch. Als Stichwort sei nur die NOK erwähnt.

Ein Zurückbesinnen auf die genossenschaftlichen Ideen kann man deshalb nur begrüssen. Allerdings müssten schon viele neue Blumen aufblühen, sollte die wirtschaftliche Wiese ein anderes Gesicht bekommen. Zurzeit gibt es in der Schweiz rund 50 selbstverwaltete Betriebe; die meisten sind klein, haben kein Gegengewicht zu den Grossbetrieben und können kaum existierende Einkommen anbieten.

Angesichts dieser Sachlage ist es weiter auch nicht verwunderlich, wenn die Arbeiter selber der Selbstverwaltungsidee wenig Reiz abgewinnen können. Es ist deshalb Zurückhaltung geboten: Wenn schon die Wahrung des Besitzstandes als eisernes gewerkschaftliches Prinzip gilt, so kann die SP nicht gut Experimente empfehlen, die den Zahltag des Arbeitnehmers schmälern dürften. Selbstverwaltung als wirtschaftspolitische Forderung auszurufen, wäre gefährlich, was aber nicht heisst, dass die Idee nicht gefördert werden sollte.

«Ostschweizer AZ», St. Gallen